

## Der linksliberale Freisinn – die Partei Eugen Richters? Einige Überlegungen\*

1.

Vor gut anderthalb Jahrzehnten ist von kompetenter Seite festgestellt worden, die Nationalliberalen des Kaiserreiches seien »eine unbekannte Partei«.<sup>1</sup> Doch immerhin gibt es zu diesen zumindest eine neuere Teildarstellung für die Epoche, in der sie politisch am einflussreichsten waren.<sup>2</sup> Für den Freisinn bzw. den Linksliberalismus in dieser Phase fehlen solche integrierten Zugriffe,<sup>3</sup> so dass man in Abänderung vom Freisinn als der »vergessenen Partei« sprechen könnte. Zwar liegen einige neuere und durchaus beeindruckende Lebensbeschreibungen führender linksliberaler Persönlichkeiten vor, doch hier standen biographische Gesichtspunkte und nicht ihre politischen Aktivitäten im Vordergrund.<sup>4</sup> In unserem Zusammenhang scheint dieses Manko auf den ersten Blick verschmerzbar: Das Kolloquium ist Eugen Richter gewidmet. Warum sollte man also dann überhaupt noch dem Linksliberalismus einen eigenen Vortrag widmen? Nicht nur in der ersten grundlegenden Studie zum Linksliberalismus der Kaiserzeit, die 1912 publiziert wurde, wird beides – Eugen Richter und der Linksliberalismus – quasi in eins gesetzt.<sup>5</sup> Auch Oskar Klein-Hattungen stellt in seiner fast gleichzeitigen Darstellung der »Geschichte des deutschen Liberalismus« fest: »Sagt man zuviel, wenn

\* Der Text hält die Vortragsform, in der er auf dem Kolloquium zu Eugen Richter im Oktober 2006 präsentiert wurde, weitgehend bei. Meinen Herausgeber-Kollegen danke ich für zahlreiche Hinweise.

1 Vgl. Karl Heinrich Pohl: Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3 (1991), S. 82-111.

2 Ansgar Lauterbach: Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungszeit (1866-1880). Frankfurt/M. 2000

3 Die recht konventionelle Skizze von Christian Jansen: Bismarck und die Linksliberalen. In: Lothar Gall (Hrsg.): Otto von Bismarck und die Parteien. Paderborn 2001, S. 91-110, schließt diese Lücke kaum.

4 Z.B. Stefan Rebenich: Theodor Mommsen. Eine Biographie. München 2002, Constantin Goschler: Rudolf Virchow. Mediziner-Anthropologe-Politiker. Köln u. a. 2002, Benedikt Koehler: Ludwig Bammerger. Revolutionär und Bankier. Stuttgart 1999.

5 Felix Rachfahl: Eugen Richter und der Linksliberalismus im Neuen Reich. In: Zeitschrift für Politik 5 (1912), S. 261-374

man sagt: Die Geschichte des Liberalismus im Neuen Reiche ist die Geschichte Eugen Richters?<sup>6</sup>

Andererseits hat jüngst Wolther von Kieseritzky vor einer Überbewertung des langjährigen Parteiführers der Linksliberalen gewarnt.<sup>7</sup> Das ist insofern vollkommen zutreffend, als Richter ja keineswegs das einzige Parteioberhaupt der Linksliberalen war, nicht einmal in der von ihm dominierten Freisinnigen Volkspartei: An der Spitze von Parteiorganisation und Reichstagsfraktion der Deutschen Fortschrittspartei standen zu Beginn der 1870er Jahre Wilhelm Loewe-Calbe und Leopold Freiherr von Hoverbeck.<sup>8</sup> Zwar schieden diese beiden bald darauf durch Austritt oder frühzeitigen Tod aus der Fortschrittspartei aus, aber auch dann war Richter noch nicht der unumstrittene Parteiführer. Seine Führerschaft wurde später in der Deutsch-Freisinnigen Partei, zu der die Fortschrittspartei 1884 mit der vom Nationalliberalismus abgespaltenen Liberalen Vereinigung fusionierte, nicht allseits anerkannt, sondern sah sich einer erheblichen Konkurrenz, u. a. von Franz Schenk von Stauffenberg, Ludwig Bamberger, Albert Hänel, Heinrich Rickert und Karl Schrader, ausgesetzt.<sup>9</sup> 1893 zerbrach die freisinnige Einheit und Eugen Richter stand nun zwar für den Rest seines Lebens unangefochten an der Spitze der größeren Teilpartei,<sup>10</sup> konnte aber nicht mehr in Anspruch nehmen, für alle Freisinnigen oder gar die gesamte bürgerliche Linke, d. h. unter Einschluss der süddeutschen Demokraten, zu sprechen. Bezeichnenderweise wird sein Tod im Jahre 1906 immer wieder in dem Zusammenhang erwähnt, dass nun der Weg für eine Einigung des zersplitterten Linksliberalismus frei wurde.<sup>11</sup> Zweifellos war Eugen Richter eine sehr zentrale Figur für den Linksliberalismus, aber sicher nicht diejenige, in der sich dessen gesamte Entwicklung widerspiegelt. Das verhinderten schon die politischen Mechanismen der Zeit: Weder gab es

6 Oskar Klein-Hattungen: Geschichte des deutschen Liberalismus. 2 Bde Berlin 1911/12, hier Bd. 2, S. 429; Friedrich Naumann, in dessen Verlag das Buch erschien, hat sich übrigens etwas von der richterschen Tendenz des Werkes distanziert, vgl. Friedrich Naumann: Oskar Klein-Hattungen†, in: ebd., Bd. 2, S. 658.

7 Wolther von Kieseritzky: Liberalismus und Sozialstaat. Liberale Politik in Deutschland zwischen Machtstaat und Arbeiterbewegung. Köln/Weimar 2002, S. 43.

8 Vgl. Gustav Seeber: Deutsche Fortschrittspartei. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). 4 Bde Leipzig 1983/86, hier Bd. 1, S. 622 und 642.

9 Vgl. Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1884. Berlin 1884, S. 5 f, Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei zum Handgebrauch für das Jahr 1891. Berlin 1890, S. 13 f, Leopold Ullstein: Eugen Richter als Publizist und Herausgeber. Ein Beitrag zum Thema »Parteipresse«. Leipzig 1930, S. 145 ff u. Gustav Seeber: Deutsche Freisinnige Partei. In: Lexikon Parteiengeschichte (wie Anm. 8), Bd. 1, S. 657 u. 659.

10 Vgl. Ludwig Elm: Freisinnige Volkspartei. In: ebd., Bd. 2, S. 694 u. Vereinskalendar der Freisinnigen Volkspartei für das 1897/98. Berlin 1897, S. 11.

11 Vgl. Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt/M. 1988, S. 221, James J. Sheehan: Der deutsche Liberalismus 1770-1914. München 1983, S. 315, Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Bd. II: Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 534 u. 730.

eine zentralfokussierte Massenkommunikation wie heute, weshalb viele Leute überhaupt nicht gewusst haben dürften, wie Eugen Richter ausgesehen hat, obwohl sie von seinem Namen sicherlich gehört hatten.<sup>12</sup> Aber infolge des lokal orientierten Wahlrechts wurde auch nicht eine »Liste Richter« gewählt, wie dann in der Weimarer Republik,<sup>13</sup> sondern die »Candidaten der deutsch-freisinnigen Partei«<sup>14</sup> oder die »Candidaten der Freisinnigen«.<sup>15</sup> Welche Rolle dabei in den lokalen Wahlkämpfen der Name Eugen Richter spielte, muss noch geklärt werden.

Kurzum, es dürfte durchaus Sinn machen, den linksliberalen Freisinn – beide Begriffe werden im Folgenden synonym gebraucht, da der eine eher einen zeittypischen, der andere eher einen forschungspraktischen Hintergrund hat, die zur Umschreibung des gleichen Phänomens dienen – innerhalb eines Eugen-Richter-Kolloquium neben diesem gesondert zu behandeln, auch um die Hauptfigur in die ihm am nächsten stehende politische Bewegung einzuordnen. Dabei soll sich über den Freisinn analog den leitenden Fragestellungen des Kolloquiums<sup>16</sup> nachgedacht werden, zunächst ohne allzu große Eugen-Richter-Fixierung.

## 2.

An die Spitze der Überlegungen zur gesellschaftlichen Rolle des Linksliberalismus sollen zwei Schlaglichter gestellt werden: »Jeder Lebensstellung entsprechen auch bestimmte politische Grundsätze. Rittergutsbesitzer sind agrarisch, Professoren sind nationale Mittelpartei, und Industrielle sind fortschrittlich. Seien Sie doch Fortschrittler.«<sup>17</sup> Diese Meinung lässt Theodor Fontane

12 Ein Abglanz dieses »Ruhmes« findet sich bei Heinrich Mann: *Der Untertan*. München (Tb) 1979, S. 82

13 Vgl. das berühmte Bild vom Januar 1919, wo zur Wahl der »Liste Naumann/Deutsche Demokratische Partei« aufgefordert wird, abgebildet auf dem Cover von Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): *Friedrich Naumann 1860-1919*. St. Augustin 1985.

14 *Coburger Zeitung* v. 18.11.1884, Mahnruf an die Wähler.

15 *Fulda-Werra-Zeitung* v. 24.2.1890, zitiert nach Guido Gerstgarbe: *Reichstagswahlen und Parteien im Wahlkreis Kassel 4 im Kaiserreich. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie*. Marburg 2002, S. 513.

16 Die Veranstalter hatten folgende »Leitende Fragestellungen« den Referenten mit auf den Weg gegeben:

I. Die Rolle der Liberalen/des Liberalismus in der Gesellschaft/im Parteiensystem

II. Grundzüge des Selbstverständnisses liberaler Parteien/führender liberaler Persönlichkeiten

III. Kernzüge ihrer politischen Strategie

IV. Die Stellung zu zentralen Punkten

--- Verfassung

--- soziale Frage

--- Weltpolitik/Imperialismus

--- Haushalts- und Finanzfragen

17 Theodor Fontane: *Frau Jenny Treibel*. Stuttgart 1985, S. 31.

in seinem in den 1880er Jahren verfassten und 1892 erschienenen Roman »Frau Jenny Treibel« einen Gast zum Kommerzienrat Treibel äußern, als dieser sich anschickt, im tiefsten Brandenburg für den Reichstag zu kandidieren. Anfang November 1881 meldete die Coburger Zeitung: »Herr Professor Mommsen in Berlin (Charlottenburg), der berühmte Historiker, hat sich bereit erklärt, eine Candidatur in unserem Wahlkreiß anzunehmen; es würde für alle Liberalen eine Ehre sein, einen Mann von so hoher Bedeutung, so umfassenden Wissens und so entschiedener Gesinnung als Vertreter Coburgs im Reichstag zu gewinnen.«<sup>18</sup> Hier war also gerade der Professor der linksliberale Kandidat, genauer gesagt, der Liberalen Vereinigung für die anstehende Reichstags-Nachwahl. Und bei den Unterzeichnern seines Wahlaufufes<sup>19</sup> überwogen die bildungsbürgerlichen und staatsnahen Berufe – darunter zwei Rechtsanwälte, drei Schultheißen, ein Medizinalrat, ein Kreisgerichtsrat, ein Professor – die wirtschaftsnahen, zu denen neben einem Kaufmann vielleicht noch der Privatier zu zählen war.

Diese Beispiele zeigen schon, dass Wahrnehmungsformen und Erscheinungsweisen des Linksliberalismus im Kaiserreich sehr unterschiedlich sein konnten und sich sicherlich im Laufe der Jahre auch wandelten. Kommerzienrat Treibel folgte übrigens nicht dem Rat der adligen Majorswitwe, sondern kandidierte für die Konservativen, was ihm im Roman fiktiv herzhafte Kritik von liberaler Seite einbrachte. Dagegen trug das Motto der Mommsen-Unterstützer – »Mommsen wählen, heiße sich selbst ehren«<sup>20</sup> – gute Früchte: Der Berliner Historiker wurde mit großer Mehrheit gewählt.<sup>21</sup>

Blickt man auf die linksliberale Parteielite, dann zeigt sich, dass sich diese weder aus Industriellen noch aus berühmten Professoren rekrutierte, aber auch nicht den von der älteren Forschung des öfteren behaupteten<sup>22</sup> kleinbürgerlichen Charakter ihrer Wählerbasis widerspiegelte: Über die gesamte Zeit des Kaiserreiches stellten Unternehmer nur rund ein Viertel der Parteitage delegierten, während die öffentlich Bediensteten von etwa 20 auf 30 % anstiegen und die Freiberufler jeweils rund ein Fünftel ausmachten. Wenn oben drein gut ein Zehntel der Delegierten aus politiknahen Berufen wie dem Journalismus kam, wird deutlich, dass auch im Linksliberalismus die Politik von bildungsbürgerlichen Kreisen gemacht wurde. Das gilt gleichermaßen für die Reichstagsfraktionen, wo der Anteil der Geschäftsleute zwischen 1890 und

18 Coburger Zeitung v. 2.11.1881 Zur Reichstagswahl (Eingesandt).

19 Vgl. ebd. v. 5.11.1881.

20 Coburger Zeitung v. 18.11.1881 Aus Stadt und Land.

21 Ebd. v. 26.11.1881 Beilage, Mommsen hatte praktisch keinen Gegenkandidaten.

22 Konstanze Wegner: Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Tübingen 1968, S. 21, Seeber: Deutsche Fortschrittspartei (wie Anm. 8), S. 634, Elm: Freisinnige Volkspartei (wie Anm. 10), S. 694, demzufolge dagegen aber die Freisinnige Vereinigung den »freihändlerisch orientierten Flügel der Großbourgeoisie« repräsentierte, ebd. S. 696.

1912 auf ein Viertel zurückfiel, während derjenige der Rechtsanwälte sich verdreifachte.<sup>23</sup>

Nun ist sicher die Akademisierung und Professionalisierung der Politik ein allgemeiner Trend im späten 19. Jahrhundert, auch politische Richtungen mit klar definierter Sozialstruktur, wie etwa die agrarische Bewegung, ließen sich von Berufspolitiker vertreten.<sup>24</sup>

Das heißt, man kann nicht unbedingt von der Zusammensetzung der Spitzengremien auf die gesellschaftliche Verankerung schließen. Doch, wie diese für den Linksliberalismus genau aussah, darauf hat die bisherige Forschung recht unterschiedliche Antworten gegeben und kontroverse Schlussfolgerungen daraus gezogen. Einigkeit besteht darin, dass bürgerliche Kreise das Rückgrat des Freisinns bildeten. Allerdings hat der Liberalismus weder in seinen Teilen noch insgesamt über ein dem politischen Katholizismus oder der Sozialdemokratie vergleichbares »sozial-moralisches Milieu« verfügt, dazu war das Bürgertum schon zu Beginn des Kaiserreichs zu heterogen und in unterschiedliche Interessen und Konfessionen gespalten: »Der politische Liberalismus war weder mit dem Bildungsbürgertum noch mit dem höheren Wirtschaftsbürgertum oder dem Kleinbürgertum identisch. Vielmehr besaß er ein durchaus heterogenes Rekrutierungspotential nicht nur in der städtischen, sondern auch in der ländlichen Gesellschaft.«<sup>25</sup> Mit diesen Worten gibt Hans-Ulrich Wehler den allgemeinen Trend der sozialgeschichtlich orientierten Forschung wieder, der zufolge Liberalismus so etwas wie eine soziale Restkategorie darstellte, mit politisch weit reichenden Folgen: »Die Liberalen waren die Partei der Anti-Wähler – gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten oder gegen die Konservativen.«<sup>26</sup> Nimmt man diese Einschätzung von Thomas Nipperdey allzu wörtlich, würde sich der Liberalismus weitgehend auf eine Protestbewegung reduzieren. Natürlich stand er aber auch für Werte, vermutlich waren es eher Werte als soziale Lagen, die den Liberalismus konstituierten, aber an Nipperdeys Feststellung geht sicherlich nicht völlig fehl. Denn sie könnte erklären, warum es in einigen Regionen, etwa in Nordhessen, manchmal offenbar zum Wähleraustausch zwischen Freisinn und Antisemiten kam.<sup>27</sup>

23 Vgl. die Tabellen 14.1, 16.3 und 16.4 bei Sheehan (wie Anm. 11), S. 243 u. 283 f.

24 Eine Ausnahme bildete der Württembergische »Bauernbund«, wo erst in den 1920er-Jahren Berufspolitiker an Einfluss gewannen, vgl. Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895-1933). Düsseldorf 2004, S. 102.

25 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Bd. 3: Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München 1995, S. 1051, kluge Überlegungen zu den widerstreitenden »Milieu«- und »Lager«-Theorien bei Kiseritzky (wie Anm. 7), S. 36 ff.

26 Nipperdey (wie Anm. 11), S. 523.

27 Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 239 u. 249 zu 1893; 1903 konnte der »Noch«-Nationasoziale Helmut von Gerlach den Antisemiten den Wahlkreis Marburg-Frankenberg entreißen, vgl. Ursula S. Gilbert: Helmut von Gerlach (1866-1935). Frankfurt/M. 1984, S. 62 u. Dieter Düdging: Der National-Soziale Verein 1896-1903. München 1972, S. 177.

Dieser Protestzug, der insbesondere dem Linksliberalismus innewohnte, hatte auch positive Folgen: Er eröffnete liberalen Parteien die Möglichkeit, sozial über das eigentliche Bürgertum hinauszugreifen.<sup>28</sup> Das heißt, liberale Wahlerfolge konnten sich überall dort einstellen, wo es kein übermächtiges »sozial-moralisches Milieu« gab: in Groß- und Kleinstädten, auch auf dem Lande, in protestantischen und gemischtkonfessionellen Gebieten. Interessant wäre sicherlich eine bislang noch fehlende Aufstellung über alle Wahlkreise, die von liberalen Kandidaten im Kaiserreich gewonnen und dann auch verloren wurden.<sup>29</sup>

Allerdings nahm die Zahl dieser potenziell für Liberale mehrheitsfähigen Wahlkreise im Laufe des Kaiserreiches ab, je mehr sich die politischen Strukturen verfestigten. Zunächst in Hochburgen des politischen Katholizismus, dann auch in denen der Arbeiterbewegung konnten vor allem Linksliberale kaum noch Mandate gewinnen. Damit sind wir auch schon bei der Frage, wie die Entwicklung des Linksliberalismus insgesamt in dieser Zeit zu beurteilen ist. Eine neue Überblicksdarstellung zum Kaiserreich sagt dazu: Die Entwicklung der Wahlergebnisse zwischen 1871 und 1912 zeige, »dass der Liberalismus insgesamt einer fortschreitenden Erosion unterlag und seine beherrschende Stellung einbüßte.«<sup>30</sup> Wolther von Kieseritzky meint dagegen, bezogen auf die Wählerstimmen könne »von einem Niedergang keine Rede sein.«<sup>31</sup> Dieser Widerspruch klärt sich dadurch auf, dass im einen Fall der Anteil der Wählerstimmen und Mandate zum Maßstab genommen wird, im anderen die Zahl der Stimmen, nicht der Mandate. Aus der letztgenannten Perspektive sieht es für die Linksliberalen im Zeitalter Eugen Richters nicht allzu schlecht aus: 1874 erhielt die Fortschrittspartei bei der Reichstagswahl 450.000 Stimmen, was einen Anteil von 8,6 % bedeutete. 1903 kamen beide Freisinnigen Parteien auf 700.000 Stimmen und einen Anteil von 8,3 %. Nur konnten die Linksliberalen beim ersten Mal 49, nach der Jahrhundertwende aber nur 30 Abgeordnete in den Reichstag schicken.<sup>32</sup> Nimmt man allein diese Zahlen, so könnte man darin vordergründig erkennen, dass der Linksliberalismus einigermaßen mit der politischen Entwicklung mithalten, aber seine Situation in der Zeit von Eugen Richter nicht verbessern konnte, anders ausgedrückt: Er stagnierte. Allerdings geben diese Eckpunkte aus der politischen

28 Vgl. Nipperdey (wie Anm. 11), S. 313, ähnlich Langewiesche (wie Anm. 11), S. 136, der die größere politische Reichweite allerdings vor allem in der politischen Aufspaltung des Liberalismus ausmacht.

29 Eine reine Aufzählung findet sich bei Bernd Haunfelder: Die liberalen Abgeordneten des Deutschen Reichstags 1871-1914. Münster 2004, S. 455-466, eine Analyse – ansatzweise und auf die Zeit 1884-1898 begrenzt – im Anhang bei Urs Müller-Plantenberg: Der Freisinn nach Bismarcks Sturz. Diss. Berlin 1971, S. 304-334.

30 Winfried Halder: Innenpolitik im Kaiserreich. Darmstadt 2003, S. 25.

31 Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 16.

32 Alle Zahlen – auch im Folgenden – nach Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches. München 1980, S. 38-42.

Karriere Richters kaum die wahre Entwicklung wieder, denn unter wahlsoziologischen Gesichtspunkten war die Geschichte des Freisinns von etlichen Höhen und Tiefen gekennzeichnet: Im Reichstag erreichte er 1881 mit 106 Abgeordneten seinen größten Einfluss, 1884 und 1890 kam er jeweils auf 66 Mandate. Tiefpunkte in dieser Hinsicht stellten die Jahre 1887 mit 32 Abgeordneten und 1903 mit gerade mal 30 dar. Letzteres ist insofern bemerkenswert, weil in diesem Jahr die Wahl stattfand, bei der Eugen Richter letztmalig kandidierte. Seinen numerischen Höhepunkt in der Wählerzustimmung erreichte der Linksliberalismus nach der Fusion 1912 mit 1,5 Millionen Stimmen, die aber prozentual bei weitem nicht an die Wahlerfolge von 1881 und 1890 heranreichten. Insgesamt kann man jedoch à la longue eher von Stabilität als von Erosion ausgehen, wenn dies auch unter den Bedingungen des Mehrheitswahlrechts nicht unbedingt sichere Mandate bedeutete.

### 3.

Auch meine Überlegungen zum linksliberalen Selbstverständnis möchte ich mit einem Zitat einleiten. Es stammt diesmal von Rudolf Virchow, der auf dem Parteitag der Fortschrittspartei 1878 sagte: »Wir müssen uns als unabhängige Männer, nach oben gegen die Regierung, nach unten gegen die Massen, welche die Gesellschaft bedrohen, hinstellen«.<sup>33</sup> Dies entsprach ganz dem klassischen Ideal der unabhängigen Honoratioren als besten Vertretern der Interessen von Volk und Vaterland. Doch Virchow fuhr fort, man müsse die Unterstützung suchen »in den unabhängigen Männern, in dem arbeitsamen Volke, in den Besitzenden, in Mitte des guten alten deutschen Bürgertums«. Bereits hier, also noch in den Anfängen des Kaiserreiches, kam das grundlegende Dilemma wohl nicht nur des linksliberalen Bürgertums zum Ausdruck: Man war sich seiner Bürgerlichkeit bewusst und verstand sich – nach den Worten Dieter Langewiesches – »stets als eine Partei des ›Mittelstandes«.<sup>34</sup> Zugleich hielt man aber daran fest, politisch die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Noch in seiner letzten parlamentarischen Rede legte Eugen Richter auf diesen Aspekt seines Wirken größten Wert: »Ich bin in erster Reihe hier Vertreter der Gesamtheit, Vertreter der Steuerzahler und habe dieselben zu schützen die Pflicht«.<sup>35</sup> In die gleiche Kerbe hatte ein Jahrzehnt zuvor Theodor Mommsen gehauen, der an seinem Gesinnungsfreund Ludwig Bamberger rühmte, dass bei diesem noch »das heilige Feuer des

33 Zitiert nach Seeber: Fortschrittspartei (wie Anm. 8), S. 642, dort auch das folgende Zitat.

34 Langewiesche (wie Anm. 11), S. 159.

35 Im Preußischen Abgeordnetenhaus am 26.6.1904, zitiert nach Rachfahl (wie Anm. 5), S. 370.

selbstlosen Patriotismus« zu finden sei.<sup>36</sup> Meines Erachtens zu Recht hat Dieter Langewiesche diese unübersehbare Ambivalenz im freisinnigen Selbstverständnis damit begründet, dass der uns heute so unausweichlich anmutende Wandel zur bürgerlichen Klassenpartei deshalb unterblieb, weil sich Eugen Richter und seine Gesinnungsgenossen bewusst waren, »wie schwierig, wenn nicht unmöglich es wäre, bürgerliches Klasseninteresse ›gesamtbürgerlich‹ zu definieren«.<sup>37</sup>

Dieser Umstand hatte jedoch unabweisbare Folgen für die politische Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der Freisinnigen. Wenn man nicht direkt bürgerliche Interessen an die Spitze des eigenen Programms stellen konnte oder wollte, was dann? Die Forderung nach nationaler Einheit, von der auch die Linksliberalen in den 1860er Jahren politisch gut gelebt hatten, war seit 1871 obsolet geworden.<sup>38</sup> Blieb natürlich noch der zweite freiheitliche Aspekt des alten zugkräftigen Programms von Einheit und Freiheit. Aber auch dieser war ja durch die Bismarcksche Reichsverfassung mindestens partiell eingelöst worden und ein wirklich substantielles Mehr an Freiheit war selbst unter für den Liberalismus noch einigermaßen günstigen politischen Konstellationen vor und nach 1870 kaum zu erreichen, das hatte man schon 1867 bei den Verfassungsberatungen schmerzlich erfahren müssen. Hinzu kam nun noch die offensichtliche Abwendung des Reichskanzlers von einer beide Seiten einigermaßen befriedigenden Zusammenarbeit mit den Liberalen.

Beides zusammen führte zu einer oftmals konstatierten defensiven Einstellung gerade auch der Linksliberalen. Ganz defensiv lautete die offizielle Begründung für den Zusammenschluss von Fortschrittspartei und Liberaler Vereinigung zur Deutsch-Freisinnigen Partei 1884: »Denn nur in der Einigkeit, die wir anbahnen, sind wir den Angriffen gewachsen, die heute unsere gemeinsame Sache bedrohen, nur sie entspricht den Anforderungen der konstitutionellen Entwicklung, welche eine wesentliche Bürgschaft für die Freiheit und Wohlfahrt des deutschen Volkes bildet.«<sup>39</sup> Schon die Zeitgenossen, wie etwa Rudolf Virchow, empfanden den Wechsel im Parteinamen als einen gewissen Rückzug.<sup>40</sup> Verteidigung des Bestehenden war fortan ein Grundzug freisinniger Wahllaufufe und -kampagnen.<sup>41</sup>

36 Ansprache zum 70. Geburtstag Bambergers 1893, zitiert nach Theodor Mommsen: Reden und Aufsätze. Berlin 1905, S. 475

37 Langewiesche (wie Anm. 11), S. 218, vgl. auch Nipperdey (wie Anm. 11), S. 525.

38 Zur Suche nach den liberalen »Alleinstellungsmerkmalen« nach der Reichsgründung vgl. auch Langewiesche (wie Anm. 11), S. 134 f.

39 Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei 1884 (wie Anm. 9), S. 3 »An unsere Gesinnungsgenossen«

40 Vgl. Rachfahl (wie Anm. 5), S. 329 f., Goschler (wie Anm. 4), S. 312, Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 293.

41 Vgl. etwa Coburger Zeitung v. 28.11.1884 Mahnruf an die Wähler, Vereinskalendar der Deutschen Freisinnigen Partei 1891 (wie Anm. 9), S. 4 f u. Vereinskalendar der Freisinnigen Volkspartei für das Jahr 1899/1900. Berlin 1899, S. 9 f



Bedroht waren die liberalen Errungenschaften der 1860er und 1870er Jahre bzw. die freisinnige Interpretation des Bestehenden von zwei Seiten, nämlich von den nur Klasseninteressen vertretenden Parteien auf der rechten und linken. An dieser Optik hielt nicht nur Eugen Richter bis zu seinem Lebensende fest, wie eine Aussage auf dem Parteitag der Freisinnigen Volkspartei im Jahre 1902 beweist: »Die Sozialdemokratie ist eine Klassenpartei genau wie das Junkertum auf der Rechten . . . Darum wird uns immer der Kampf obliegen nach zwei Fronten, gegen die Klassenparteien zur Linken und zur Rechten.«<sup>42</sup> Diese ideologische Frontstellung, die eigentlich einen Dreifrontenkrieg bedeutete – hinzu kam ja auch noch in Teilen des Reiches der Kampf gegen den politischen Katholizismus –,<sup>43</sup> wurde von anderen Linksliberalen, die wie Theodor Mommsen und Ludwig Bamberger ansonsten Eugen Richter nicht besonders nahe standen, zutiefst geteilt.<sup>44</sup> Man wird daran nicht zuletzt Nachwirkungen des preußischen Verfassungskonflikts und einer Zeit, in der Liberale die Parlamente und die Öffentlichkeit beherrschten, sehen; alle drei Genannten hatten die 1860er-Jahre aus unterschiedlicher Perspektive bewusst miterlebt.

Bezeichnenderweise wurde diese Sichtweise nicht geteilt von solchen Linksliberalen, die entweder von außerhalb Preußens kamen oder jünger waren. Zu Ersteren gehörte Karl Schrader, der im April 1887 über Eugen Richter meinte: »Mit ihm werden wir nie dazukommen, positive Ziele aufzustellen, für die sich die Wähler begeistern können, aber das müssen und werden wir ohne – und wenn nötig – gegen ihn tun.«<sup>45</sup> Zu den Richter-Kritikern im freisinnigen Lager zählte auch Theodor Barth, ebenfalls kein Preuße und dazu ein Dutzend Jahre jünger als der Fraktionsführer. Er griff nicht nur Richters ideologische Festlegungen an,<sup>46</sup> sondern stellte auch die langjährige politische Positionierung des Freisinns in Frage: »Ich kann mir gar keine liberale Politik denken, die nicht die Reaktion als schlimmsten Feind ansieht. Es ist aber unausbleiblich, dass wir immer wieder vor die Frage gestellt werden: Wollt ihr mit den Reaktionären oder mit den Sozialdemokraten gehen?«<sup>47</sup> Schließlich versah auch Friedrich Naumann, ebenfalls kein Preuße und noch einmal ein Jahrzehnt jünger als Barth, Eugen Richter mit dem etwas spöttischen Titel »Feldzugmeister der Opposition«, brachte dann aber in seinem Nachruf die ganze Tragik

42 Zitiert nach Wegner (wie Anm. 22), S. 117, Anm. 47.

43 Vgl. die anti-katholische Polemik bei Mommsen (wie Anm. 36), S. 473.

44 Vgl. ebd. sowie Langewiesche (wie Anm. 11), S. 197.

45 Zitiert nach Holger J. Tober: Deutscher Liberalismus und Sozialpolitik in der Ära des Wilhelminismus. Anschauungen der liberalen Parteien im parlamentarischen Entscheidungsprozeß und in der öffentlichen Diskussion. Husum 1999, S. 57.

46 »Für den Liberalismus gibt es grundsätzlich keinen absolut befriedigenden Zustand . . . Alles Erreichte darf für ihn nur eine Etappe auf dem unendlichen Wege der Fortentwicklung des Menschengeschlechtes sein.« Th. Barth in der »Nation«, 25.3.1903, zitiert nach Wegner (wie Anm. 22), S. 85.

47 An Conrad Haussmann, 20.7.1903, zitiert nach ebd. S. 114.

der Richterschen Politik auf den Punkt: »Er hatte das Schicksal, das Rückzugsgefecht des deutschen Liberalismus führen zu müssen und konnte dabei wenig wirklich frohe Tage erleben.«<sup>48</sup> Naumann sollte großen Anteil an den linksliberalen Versuchen im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg haben, ein anderes Selbstverständnis und dann auch eine profitablere politische Position zu gewinnen. Aber auch nach Richters Tod lebte das von diesem verkörperte Selbstverständnis freisinniger Politik noch fort, etwa wenn Ernst Müller-Meinungen auf dem Gründungsparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei 1910 erklärte: »Höchstes Glück der Erdenkinder ist doch die Persönlichkeit!«<sup>49</sup>

#### 4.

Mit diesem Zitat aus der Nach-Richter-Zeit kann ich zu meinen Überlegungen zur linksliberalen Strategie überleiten. Denn »Persönlichkeit« war zumindest in den Bismarck-Jahren ein wichtiges Mittel, mit dem nicht nur Linksliberale für sich warben. Erinnert sei an Theodor Mommsens Kampagne in Coburg, aber auch die Art, wie die Führer der Sezession 1880 in der »Gartenlaube« als Männer von »Gesinnung« und Männer der »That« sowie als »edle Persönlichkeit(en)« von einem liberalen Journalisten portraitiert wurden.<sup>50</sup> Noch 1899 pries ein Gefolgsmann Eugen Richter als »begabtesten, uneigennützigsten, mutigsten Vorkämpfer der freiheitlichen, der liberalen Weltanschauung in unserem Vaterland«.<sup>51</sup>

Aber zu diesem Zeitpunkt war auch den meisten Freisinnigen klar, dass allein das Kriterium »Persönlichkeit« für Wahlerfolge nicht mehr ausreichte. Deshalb warb man 1887 im hessisch-thüringischen Grenzgebiet mit folgender Parole: »Wir dagegen wollen dem künftigen Reichstag das Recht nicht beschränkt wissen, eine Abkürzung der Dienstzeit und eine Erleichterung der Steuer zu erwirken.«<sup>52</sup> Dieses Zitat ist insofern signifikant, als zwei zentrale strategische Pole genannt werden, um die die linksliberalen Versuche einer Schärfung des politischen Profils kreisten: die Sicherung des Parlamentarismus und die Steuersenkung bzw. die Verhinderung von Steuererhöhungen. Entsprechende Forderungen ziehen sich durch die meisten Wahlaufufe.<sup>53</sup>

48 Friedrich Naumann: Eugen Richter. In: ders.: Werke Bd. 5. Opladen 1964, S. 372-376, Zitate S. 373 u. 375.

49 Zitiert nach Tober (wie Anm. 45), S. 339.

50 Heinrich Steinitz: Skizzen aus deutschen Parlamentssälen Nr. 2. In: Die Gartenlaube Nr. 48/1880, S. 784-786.

51 Richard Eickhoff: Politische Profile. Erinnerungen aus vier Jahrzehnten. Dresden 1927, S. 21.

52 Zitiert nach Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 178.

53 Vgl. Coburger Zeitung v. 28.11.1884 Mahnruf an die Wähler, Vereinskalendar 1891 (wie Anm. 9), S. 4 f., Vereinskalendar 1899/1900 (wie Anm. 41), S. 9 f., Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 316.

Aber diese programmatische Ausrichtung blieb keineswegs bei propagandistischer Rhetorik, sondern bestimmte auch das parlamentarische Auftreten der Linksliberalen im Zeitalter Eugen Richters, wie auch Friedrich Naumann in seinem Nachruf auf Richter anerkannte: »Er war sozusagen der Staatsanwalt der Reichsfinanzen. Damit machte er erst das parlamentarische Recht der Finanzkontrolle zu einem wirklichen Recht . . .«.<sup>54</sup> Ähnlich urteilte Richters Fraktionskollege Richard Eickhoff: »Im Parlament hielt er es für seine vornehmste Pflicht, die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung zu wahren.«<sup>55</sup> Aber nicht nur diese Selbstwahrnehmungen belegen den hohen Stellenwert des Parlamentarismus für die Linksliberalen, sondern auch eine neuere Studie zur Wahlprüfungspraxis des Reichstags sieht den Freisinn als »entschiedenen Verfechter des Wahlfreiheitsprinzips«.<sup>56</sup>

Dieses Eintreten für die Volksvertretung hieß aber nicht, dass damit auch das Eintreten für die Ausweitung von deren Kompetenzen verbunden gewesen wäre. Ähnlich defensiv wie die Wahlaufrufe ist auch der Eintrag »Parlamentarismus« in Richters berühmtem »Politischen ABC-Buch«, wo aber immerhin der Rücktritt eines Ministers gefordert wird, »wenn (er) sich mit den Ansichten der Mehrheit der Volksvertretung nicht mehr im Einklang befindet und auch nicht erwarten darf, durch eine Auflösung der Volksvertretung eine Mehrheit in einer anderen Zusammensetzung zu erhalten«.<sup>57</sup> Der Umkehrschluss, dass die Regierung aus der Mehrheit des Parlaments gestellt werden solle, findet sich hingegen nicht, sondern nur der Hinweis, dass ein »solches parlamentarisches System . . . am wenigsten . . . freilich zur Zeit in Deutschland anerkannt (sei), abgesehen von Russland und der Türkei«,<sup>58</sup> was man indirekt zumindest so verstehen könnte, als seien die Zustände in den parlamentarisch regierten Staaten Westeuropas besser.

Strategie und Selbstverständnis nicht nur des Linksliberalismus Eugen Richters charakterisiert man wohl am zutreffendsten, wenn man unterstreicht, dass es sich um eine Oppositionsstrategie handelte, und zwar um eine, die – abgesehen von den kurzzeitigen Hoffnungen auf eine Liberalisierung von oben her durch den Thronfolger<sup>59</sup> – keine Perspektive auf Regierungsbeteiligung oder Mehrheitsgewinnung hatte, sondern eine – wie Christian Jansen wohl nicht zu Unrecht meint – gewisse »ideologische Selbstzufriedenheit und politische

54 Naumann (wie Anm. 48), S. 374, vgl. Eickhoff (wie Anm. 51), S. 11.

55 Ebd. S. 29.

56 Robert Arsenschek: Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität im Kaiserreich. Düsseldorf 2003, S. 159.

57 Eugen Richter: Politisches ABC-Buch. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen. 7. Aufl. Berlin 1892, S. 272.

58 Ebd.; graduell weitergehend, aber auch immer noch nicht schlüssig parlamentarisch argumentierte zwei Jahrzehnte später Otto Wiemer im Zuge der Zaberndeckte im Reichstag, vgl. Hans Fenske (Hrsg.): Quellen zur deutschen Innenpolitik 1890-1914. Darmstadt 1991, S. 472-482, hier S. 476 ff.

59 Vgl. Rachfahl (wie Anm. 5), S. 341.

Selbstgenügsamkeit« an den Tag legte.<sup>60</sup> Von Eugen Richter wurde dies sogar nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern zum Teil sogar gewünscht, wenn man einem berühmten Zitat Glauben schenken darf: »Mein Ideal ist eine Fraktion von fünfzehn Mann, mit der ich manövrieren kann.«<sup>61</sup> In strategischer Hinsicht hat Richter sicherlich dem Linksliberalismus seinen Stempel weitgehend aufgedrückt.

## 5.

Es bleiben noch die Haltungen des Freisinns gegenüber zentralen Punkten des zeitgenössischen politischen Diskurses<sup>62</sup> zu diskutieren, wobei vieles bereits im Vorhergehenden angerissen worden ist. In Bezug auf die Verfassung kann man festhalten: Die Linksliberalen waren zwar eine Oppositionsbewegung, aber im Gegensatz zu der Zeit vor 1866 bzw. auch zu vielen Sozialdemokraten keine Systemveränderer. Dagegen sprach nicht nur die defensive Ausrichtung ihrer Politik, sondern auch der Umstand, dass sie ihre Veranstaltungen mit einem Hoch auf Kaiser und Reich zu beenden pflegten.<sup>63</sup> Auch das generelle Ziel: »Deutschland nach außen stark, im Innern einig und zu einem Hort der Freiheit und des Friedens zu machen«, mit dem man 1890 warb,<sup>64</sup> unterstreicht die generelle Einstellung der kaiser- und reichsloyalen Opposition. Und dass sie an der auf Privateigentum basierendem Gesellschaftsordnung nichts ändern wollten, verstand sich für die Liberalen fast von selbst: So sollte die »Volkswohlfahrt« nur »auf Grund der bestehenden Gesellschaftsordnung« gefördert werden.<sup>65</sup> Letztere sollte im liberalen Sinn befestigt werden, indem Hemmnisse für die Freizügigkeit aufgehoben werden sollten, darin waren sich alle Freisinnigen vor der Jahrhundertwende jedenfalls einig.<sup>66</sup> Das hatte, wie erwähnt, nicht nur eine starke Aversion der Freisinnigen gegen die Gesellschaftspolitik der Sozialdemokratie zur Folge, sondern auch gegenüber Bismarcks »Staatssozialismus«, unter dem »die wirtschaftliche, bürgerliche

60 Jansen (wie Anm. 3), S. 97, vgl. auch Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 202, Wehler (wie Anm. 25), S. 873, Nipperdey (wie Anm. 11), S. 527.

61 Hermann Pachnicke: Führende Männer im alten und im neuen Reiche. Berlin 1930, S. 32, vgl. auch den ebd. überlieferten Spruch zu Virchows 75. Geburtstag: »Es gereicht uns zur Ehre, weil wir deshalb weniger geworden sind, weil wir uns niemals eingelassen haben auf Kompromisse.«

62 Vgl. oben Anm. 16.

63 Gerstgarbe (wie Anm. 15), S. 194.

64 Vereinskaler 1891 (wie Anm. 9), S. 5.

65 Vereinskaler 1899/1900 (wie Anm. 41), S. 10; kurioser- bzw. bezeichnenderweise führte Eugen Richter die Ursprünge des Wirtschaftsliberalismus nicht auf die bekannte englische Industriemetropole, sondern auf die preußische Reformzeit zurück, vgl. ders.: ABC-Buch (wie Anm. 57), S. 228.

66 »So verschieden ihre Analyse im einzelnen ausfallen konnte, gemeinsam war den Linksliberalen, dass Selbständigkeit, Staatsferne und Privatwirtschaft die conditio sine qua non jeder Sozialpolitik zu bilden hatten.« Kieseritzky (wie Anm. 7), S. 287.

und politische Freiheit . . . nicht bestehen« könne.<sup>67</sup> Die auf Zwangsbeiträgen beruhenden Sozialversicherungen sind denn auch, solange Eugen Richter am Leben war, von der großen Mehrheit der Freisinnigen abgelehnt und bekämpft worden, ohne sie verhindern und durch ein anderes, freiheitlicheres System ersetzen zu können. In dieser Hinsicht kam es jedoch nach Richters Tod zu entscheidenden Veränderungen, wenn auch Theodor Barths diesbezügliches Diktum, das ja nicht nur sozial-, sondern auch allgemeinpoltische Konsequenzen hatte, nicht von allen Linksliberalen, insbesondere in der Freisinnigen Volkspartei, uneingeschränkt geteilt worden sein dürfte. Barth schrieb im Frühjahr 1907 über sich und sein »Hausblatt«: »Dem Freihandel gegenüber ist der Standpunkt der »Nation« in all den 24 Jahren derselbe geblieben. Dem Socialismus gegenüber ist eine Änderung eingetreten . . . Die »Nation« (hat) im Laufe der Jahre die Gefahren eines übertriebenen Individualismus höher und die Gefahren des Socialismus geringer zu veranschlagen gelernt, . . . jeder Socialismus ist umso leichter erträglich, je enger er mit den freiheitlichen Garantien demokratischer Institutionen verknüpft ist.«<sup>68</sup>

Da von Finanzfragen schon die Rede war, bleibt noch das Thema Imperialismus resp. Kolonialismus. Auch hier ist die zunächst bestimmende Vorreiterrolle Eugen Richters unverkennbar. Er, der vor allem vor den finanziellen Bürden einer kolonialen Politik warnte, meinte in seinem ABC-Buch sarkastisch: »Bevor man es sich zur Aufgabe stellt, die christliche Gesinnung durch Reichsmittel in ferne Weltteile zu tragen, sollte man es sich angelegen sein lassen, christliche Moral und christliche Gesittung überall in den inneren Verhältnissen des Landes zur Geltung zu bringen, . . .«<sup>69</sup> Doch diese linksliberale Zurückhaltung hielt nur bis zur Jahrhundertwende, nach Eugen Richters Tod gingen auch die Freisinnigen, unter tatkräftige Nachhilfe von Friedrich Naumann, ins Lager der Imperialisten über.<sup>70</sup> Wenn man so will, kennzeichnete Richters Ausscheiden aus der Politik in vielerlei Hinsicht den Anschluss der Linksliberalen an das – in bürgerlichen Kreisen zumindest – vorherrschenden Meinungsklima, das sich mit dem Reich und dessen imperialer Politik identifizierte.<sup>71</sup> Ob man das bedauern oder begrüßen soll, sei hier dahingestellt. Für beides gibt es sicherlich gute Gründe.<sup>72</sup>

67 Richter: ABC-Buch (wie Anm. 57), S. 311.

68 Die Nation v. 30.3.1907, zitiert nach Wegner (wie Anm. 22), S. 27.

69 Richter: ABC-Buch (wie Anm. 57), S. 202.

70 Vgl. Langewiesche (wie Anm. 11), S. 221 u. Tober (wie Anm. 45), S. 212.

71 Vgl. auch Alastair P. Thompson: *Left Liberals, the State and Popular Politics in Wilhelmine Germany*. Oxford/New York 2000, S. 162, zu einer ähnlichen Einschätzung kommt in Bezug auf die Vorkriegseinstellungen von Gustav Stresemann Christian Baechler: *Gustave Stresemann (1878-1929). De l'imperialisme à la sécurité collective*. Straßburg 1996, S. 88: »Le libéralisme de Stresemann, comme celui de tous les libéraux allemands du début du XXe siècle, est un libéralisme éclaté qui a perdu la cohérence de la pensée libérale du début du siècle, un libéralisme imprégné par les courants dominants de l'Allemagne wilhelminienne, en particulier par le nationalisme et le culte de l'expansion nécessaire.«

72 Vehemente Kritik an diesem Umschwung zuletzt bei Detmar Doering: Eugen Richter

Abschließend soll noch ein Punkt in der Struktur des Linksliberalismus angesprochen werden, den ich für bemerkenswert halte, weil er im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Auffassung steht. Ich meine, seinen norddeutschen, um nicht zu sagen altpreußischen Charakter.<sup>73</sup> Der Linksliberalismus des Kaiserreiches war ja nicht nur eine direkte Fortsetzung der alten preußischen Fortschrittspartei, er erhielt ja Anfang der 1880er-Jahre noch entscheidenden Zuzug durch den linken Flügel der Nationalliberalen, der wiederum hauptsächlich aus Preußen, insbesondere seinen Küstengebieten kam. So bestanden von den 221 Lokalvereinen, die der Vereinskalendar der Deutsch-Freisinnigen Partei für 1884 ausweist, 170 oder drei Viertel in Preußen, davon wiederum die Hälfte, gleich ca. 39 % in dessen ostelbischen Gebieten. Nur 16, also gut 7 % hatten ihren Sitz südliches des Maines.<sup>74</sup> Preußen stellte aber 1907 nur gut 60 % der Bevölkerung.<sup>75</sup> Blickt man auf die innerpreußische Verteilung, so zeigt sich, dass die Freisinnigen in den traditionellen Provinzen an und östlich der Elbe besser verankert waren – dort waren mit 47 % fast die Hälfte aller Vereine verzeichnet, obwohl hier nur gut 34 % der Reichsbevölkerung lebte – als in den beiden westlichen Provinzen (13,1 % der Vereine und 16,8 % der Bevölkerung). Besser sah die Statistik für die neupreußischen Gebiete zwischen Wiesbaden und Flensburg aus (16,7 % zu 10,4 % der Bevölkerung). Damit bestätigt sich das auch anderswo, etwa bei den Wahlergebnissen, erkennbare preußische Übergewicht im Linksliberalismus, das praktisch während der gesamten Ära Richter bestand.<sup>76</sup> Selbst wohlmeinende Zeitgenossen haben Eugen Richter »in den Traditionen des altpreußischen Beamtentums«<sup>77</sup> gesehen. Das hinterließ auch in der von ihm mitgeführten Partei Spuren.

(1838-1906). In: Eugen Richter: Sozialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel. Neuausgabe Grevenbroich 2006, S. 8-38, hier S. 32 f, anders dagegen Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2. Aufl. Tübingen 1949, S. 180 f. sowie – zurückhaltender im Urteil – ders.: Erinnerungen 1905-1933. Stuttgart 1963, S. 55 u. 70, eine mittlere Position bei Friedrich C. Sell: Die Tragödie des deutschen Liberalismus. 2. Aufl. Baden-Baden 1981, S. 286-298, zu Richter bes. S. 287 f.

73 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Preußentum und Liberalismus nach 1867. »Preußische« Züge bei den liberalen Parteien des Kaiserreiches. In: Ders./Esther-Beate Körber/ Michael Rohrschneider (Hrsg.): Preußen und Preußentum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 2002, S. 145-162, ähnlich auch Thompson (wie Anm. 71), S. 5 f.

74 Zahlen errechnet nach Vereinskalendar 1884 (wie Anm. 9), S. 6-15.

75 Vgl. dazu u. zum Folgenden den tabellarischen Anhang bei Frölich (wie Anm. 73), S. 157 f.

76 Abgesehen von 1871 (ausgeglichen) und 1912 (negativ) war der Saldo zwischen dem Reichs- und dem preußischen Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen immer positiv zugunsten des zweiten, 1912 machte sich die Fusion mit der süddeutschen Volkspartei bemerkbar, vgl. ebd. S. 158.

77 Eickhoff (wie Anm. 51), S. 34.

Die Ursachen für die »Preußen-Lastigkeit« des Freisinns haben sicherlich mit der Genese des Linksliberalismus aus der »Deutschen Fortschrittspartei« zu tun, die eine preußisch-protestantische Partei war. Und weil es zudem eine hohe Kontinuität im Führungspersonal von Fortschritts- und Freisinniger Partei gab, existierte im Spitzenpersonal dort auch ein gemeinsamer Erfahrungsschatz, den Richter nicht nur mit seinen langjährigen Mitstreitern in der Fortschrittspartei wie Ludolf Parisius und Rudolf Virchow, sondern auch mit etlichen Sezessionisten wie Mommsen oder Forckenbeck teilte, nämlich die die Erfahrungen des preußischen Verfassungskonfliktes. Diese haben zweifellos die Einstellung nicht nur zu Bismarck, sondern auch zur preußisch dominierten Reichsleitung auf lange Strecken bestimmt, auch bei den Sezessionisten, bei denen 1878 alte Ängste und Befürchtungen wieder durchschlugen.<sup>78</sup> Wenn man so will, könnte man auch festhalten, dass die zentralen Programmpunkte des Freisinns immer noch der Konfliktlage im Preußen der 1860er Jahre entsprachen.

Diese Fixierung auf diesen preußischen »Erinnerungsort« war natürlich in den außerpreußischen Gebieten weit weniger virulent. Und dass Ferdinand Lassalle ausgerechnet auf dem Höhepunkt des Verfassungskonfliktes die »Arbeiter der Fortschrittspartei abwendig zu machen« suchte,<sup>79</sup> blieb in der Haltung Richters und vieler Freisinniger zur Sozialdemokratie nicht ohne Folgen. Es ist schon auffällig, dass sich mit dem nach der Jahrhundertwende vollziehenden Generationswechsel, wo nun Leute in Führung des Linksliberalismus kamen, die keine eigene Erinnerung mehr an den Verfassungskonflikt hatten, vieles in Struktur und Programmatik des Freisinns änderte, selbst die alten Namen schließlich aufgeben wurden.<sup>80</sup> Zu fragen bleibt aber, inwieweit bzw. bis zu welchem Zeitpunkt auch die Anhänger- und Wählerschaft des Linksliberalismus von diesen Erfahrungen geprägt wurde bzw. sie in ihrem politischen Abstimmungsverhalten beeinflusst wurden. Der Rückgang in der Wählergunst auch in Preußen ab 1884 könnte darauf hindeuten, dass hier schon sehr viel früher die Erinnerung an die »heroische Kampfzeit« des Linksliberalismus verblasste.

78 In Richters ABC-Buch wird der Verfassungskonflikt nicht unter dem Stichwort Bismarck, sondern im Zusammenhang mit der Deutschen Fortschrittspartei behandelt, ein Stichwort Preußen fehlt ganz. Vgl. Richter: ABC-Buch (wie Anm. 57), S. 35 u. 105-110.

79 Ebd. S. 291.

80 Die unterschiedlichen Sichtweise zwischen Naumann und dem alten Richter-Anhänger Albert Träger kommen z. B. in Naumanns Nachruf auf diesen zum Ausdruck, Friedrich Naumann: Abschiedsgespräch mit Traeger. In: ders.: Werke. Bd. 5 Köln/Opladen 1964, S. 474-477.

Kommen wir einleitend nochmals auf die Frage zurück, inwieweit Linksliberalismus der Kaiserzeit und Eugen Richter identisch gewesen sind, so muss man wohl eingestehen, dass es schließlich und endlich darauf keine endgültig befriedigende Antwort geben kann. Der deutsche Freisinn im ausgehenden 19. Jahrhundert kann als Ganzes wohl kaum ohne seine Führungsgestalt beschrieben und analysiert werden. Dagegen steht schon die Quellenlage, aber auch die bisherige Forschung. Sicherlich hätte der Linksliberalismus auch ohne Eugen Richter existiert, aber in vielerlei Hinsicht wäre er ein anderer, vielleicht politisch erfolgreicherer, wohl kaum aber so weltanschaulich geschlossener gewesen. Es waren sicher in erster Linie nicht die Grundlagen von Richters Liberalismus, an denen sich seine liberalen Zeitgenossen rieben, sondern die Art und Weise, wie er agierte und führte. Die Probleme zwischen den Freisinnigen und ihrem bekanntesten Protagonisten lagen also nicht so sehr im Grundsätzlichen als vielmehr im Charakterlichen und Persönlichen. Das hat sicherlich einen Hauch von Tragik an sich, der auch von heutigen Bewunderern Richters nicht geleugnet wird.<sup>81</sup>

Dennoch, gerade in den großen politischen Linien hat Richter dem Freisinn die Richtung vorgegeben, selbst diejenigen, die sich 1893 organisatorisch von seinem Einfluss lösten, unterlagen diesem aber dennoch indirekt, sie orientierten sich auch immer wieder an Richter. Auch die süddeutschen Demokraten, mit einem vom preußischen Linksliberalismus sehr verschiedenen Hintergrund, haben im Reichstag die Verbindung zu ihm gesucht.<sup>82</sup> Natürlich war Richter nicht identisch mit dem Freisinn, mancher Wahlkämpfer an der Basis distanzierte sich öffentlich von ihm und seiner politischen Schärfe,<sup>83</sup> aber in sehr vielem verkörperte Eugen Richter doch Selbstverständnis und Politikstil der entschiedenen Liberalen. Wohl die allermeisten von diesen hätten vor der Jahrhundertwende grundsätzlich seine Auffassung von politischer Betätigung im liberalen Sinne unterschrieben: »In Wort und Schrift öffentlich für öffentliche Angelegenheiten, in gesicherten und deshalb vollkommen unabhängigen äußeren Verhältnissen, nur der eigenen Überzeugung folgend, wirken zu können – ich kann mir für mich nichts Besseres und Schöneres denken und wünschen.«<sup>84</sup> Erst mit Friedrich Naumann kam auch im linksliberalen Selbstverständnis eine andere Einstellung durch,<sup>85</sup> aber das ist eine andere Geschichte.

81 Vgl. Doering (wie Anm. 72), S. 9.

82 Vgl. dazu Jürgen Frölich: Conrad Haussmann. In: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Stuttgart 2005, S. 46.

83 Vgl. Gerstgarbe (wie Anm. 14), S. 165.

84 Eugen Richter: Jugenderinnerungen. Berlin 1892, S. 196.

85 Vgl. etwa Friedrich Naumann: Vier Reden an junge Freunde. In: ders.: Werke (wie Anm. 80), S. 709-735, hier S. 715 f., 723-728.